



Die Vollversammlung am Leoninum ist der Ort, an dem Gemeinschaft spürbar ist und gestärkt wird

JUGENDLICHE & DIE BUNDESTAGSWAHL

Politiker sollen „alte Probleme neu lösen“



Der Blick von Schülerinnen und Schülern im Gymnasium Leoninum Handrup auf die Bundestagswahl 2025 und die drängendsten Probleme, auf die sie Antworten erwarten

Dieser Wahlkampf in Deutschland ist doch nur

kindisch und banal!“ Mit diesem vernichtenden Urteil steht Gesa nicht allein. Die Schülerin aus dem Leistungskurs katholische Religion, Jahrgang 13, ist „total sauer und demotiviert“, wie sie von sich selbst sagt.

Ihre Mitschülerinnen und Mitschüler stimmen ihr zu. An einem Vormittag Mitte Januar spreche ich mit ihnen und einigen Schülern aus zwei Grundkursen Politik der 12. Jahrgangsstufe über die Politik in Deutschland – die Bundestagswahl, ihre Erwartungen an Politiker, die Diskussi-

onskultur im Land, ein Blick über den Tellerrand ins Ausland und auf die eigene Sichtweise als Jugendlicher und Christ. Elke Strüwing, Lehrerin für katholische Religion und Deutsch, hat das möglich gemacht.

Anlass für dieses Gespräch ist nicht nur die bevorstehende Wahl, sondern auch eine Sinus-Studie aus dem vergangenen Jahr mit der Frage: „Wie ticken Jugendliche?“ (Die wichtigsten Ergebnisse kurz zusammengefasst lesen Sie im Kasten auf den Seiten 12 und 13). Dort heißt es unter anderem: „Die

Zehntklässler, mit denen ich in der Mensa gesprochen habe, trifft das auf jeden Fall zu.

„Junge Menschen werden nicht gesehen und gehört“

„Uns geht es ja gut“, sagen die Zehntklässler über sich selbst. Es handelt sich bei ihnen um einen losen Freundeskreis aus verschiedenen Klassen, die sich vormittags in der Mensa und auch in der Freizeit treffen. Aber: „Ich habe das Gefühl, dass wir jungen Menschen nicht gesehen und gehört wer-

den“, sagt einer von ihnen – und die Gruppe nickt zustimmend. „Auseinandersetzungen sind Kern der Demokratie“, sagt Leo. Unterschiedliche Standpunkte müssen ausgetauscht und ausgehalten werden. Trotzdem verfolgten die Schüler den Wahlkampf eher lustlos: „Alle Politiker sagen immer nur, was schlecht läuft, aber keiner spricht über Lösungen.“

Um den Wohlstand in Deutschland zu bewahren, müsse dringend etwas gemacht werden, sagen sie. Statt in eine gute Infrastruktur zu investieren, statt Krankenhäuser, Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen gut auszustatten und in diesen Berufen ordentliche Gehälter zu bezahlen, werde Geld ausgegeben für Sachen, „die uns nicht betreffen“.

Drängende Themen: Wirtschaft, Migration und Klimapolitik

Die Oberstufenschüler haben auf die Frage nach den drängendsten politischen Fragen sofort eine ganze Liste parat. Ganz weit oben, wie bei den jüngeren Schülern: die Wirtschaft ankurbeln, damit der Staat genug Geld hat für drängende Aufgaben; in der Migrationspolitik einen Konsens finden; und beim Klimawandel müsse Deutschland endlich mehr tun. „Ausgerechnet die Klimapolitik gerät immer mehr in den Hintergrund!“, kritisiert Anna. Der Klimawandel sei nicht mehr zu leugnen, die Folgen überall auf der Welt spürbar, „aber wir machen Erreichtes rückgängig. Unsere Politik ist nicht zukunftsweisend!“

Auch beim Thema Migration ist sich der Kurs einig: „Ausländer raus – das geht doch nicht!“ Sie machen darauf aufmerksam, dass es ein geltendes Asyl- und Europarecht gibt, dass Menschen mit Migrationshintergrund dringend auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden und dass kein Mensch aufgrund seiner Herkunft benachteiligt werden dürfe.

Große Sorge bereitet ihnen die Stärke von Parteien, die extreme Haltungen vertreten. Begriffe wie „Remigration“ und „konsequent abschie-

ben“ machen ihnen Angst: „Die Situation hatten wir schon mal“, sagen sie. Gefahr sehen sie auch darin, wie die etablierten Parteien darauf reagieren: „Sie brauchen Aufmerksamkeit und greifen dummerweise das falsche Narrativ zur Migration auf“, meint Isa. Die jungen Leute sind überzeugt: Es ist gefährlich, wenn eine demokratische Partei sich in ihren Anträgen nicht eindeutiger von rechts abgrenzt: „Die Parteien werden so immer weniger unterscheidbar“, kritisieren sie.

Damit sind wir beim Thema politische Diskussionskultur angelangt. Prinzipiell sind die Schülerinnen und Schüler der Meinung, dass die vorgezogene Bundestagswahl die Chance biete, „alte Probleme neu zu lösen“. Sie plädieren für ein stärkeres Miteinander in der Gesellschaft, dafür, „nicht die Schwachen gegen die Schwächsten“ auszuspielen, sich gegenseitig zuzuhören und einen Konsens zu suchen.

Schockiert über politische Debatten

Stattdessen haben sie das Gefühl, dass im Wahlkampf Lügen erzählt würden, dass Politik nach Personen und nicht nach Inhalten gemacht werde und dass die grundlegendsten Dinge – auch im Bundestag – nicht mehr beachtet würden: ausreden lassen, nicht schreien, nicht beleidigen. Sie erinnern an das Ende der Ampel-Regierung und an die gegenseitigen Schuldzuweisungen; sie sind „schockiert“, wenn sie eine Bundestagsdebatte verfolgen, „bei denen die Redezeit damit gefüllt wird, andere niederzumachen“, und sie finden, dass es in keiner Partei mehr um grundsätzliche Werte gehe, sondern nur darum, auf Stim-

„Alle Politiker sagen immer nur, was schlecht läuft, aber keiner spricht über Lösungen“

Kritik der Schüler am Wahlkampf

menfang zu gehen. „Die wichtigen Themen werden gar nicht mehr behandelt, und das jetzt in einer Zeit, in der wir so viele wichtige zukunftsrelevanten Fragen haben!“ – „Den Politikern geht es um ihre eigene Macht und um Geld!“ – Auch dieses Urteil einer Schülerin bleibt unwidersprochen. Alle bedauern, dass die Hemmschwelle gesunken sei, gewisse Dinge zu sagen. – Und sie selbst? Wie diskutieren sie?

„Wir leben schon in einer eigenen Blase“, räumt Isa ein. „Wir sind alle ähnlich sozialisiert, haben ähnliche familiäre und soziale Hintergründe – anderen Jugendlichen geht es bei weitem nicht so gut wie uns.“ Als Schülerin des Leoninum, das christliche Werte vertritt, wachse sie auch ein Stückweit „geborgen“ auf. „Im Politikunterricht wird uns beigebracht, nicht alles, was wir hören und lesen, hinzunehmen, sondern es zu hinterfragen. Das hilft vielleicht, Falsch-Aussagen zu entlarven.“

Schüleraustausche, Fahrten nach Berlin zum Holocaust-Mahnmal oder ins Konzentrationslager Auschwitz, die Vollversammlungen, wo sich die Schulgemeinschaft trifft, wo es Impulse zu wichtigen Fragen des Lebens gibt und alle gemeinsam für Menschen in Krisen beten – all das sind Mosaiksteine, die ihnen helfen, sich in politisch schwierigen Situationen zu verorten. „So einfach funktioniert es aber nicht immer“. Die Zehntklässler berichten von anderen Erfahrungen. In ihrer Klassenstufe gibt es Schüler mit russischen Wurzeln: „Die haben ganz andere Informationen zum Krieg in der Ukraine als wir. Wenn dann diskutiert wird, dann kann es schon mal emotional werden, und wir schreien uns gegenseitig an.“ →

→ Und dann kommen die Oberstufenschüler noch auf einen ganz anderen Aspekt zu sprechen: Was hat Christ-Sein mit Politik zu tun?

„Als Christen sind wir zur Nächstenliebe aufgefordert“

Prinzipiell denken sie, dass Deutschland kein mehrheitlich christliches Land mehr ist, „aber davon darf es nicht abhängen, wie man sich gegenseitig behandelt und sich verhält!“ Es brauche unabhängig von der Religion Respekt und Toleranz. „Als Christen sind wir aufgefordert zur Nächstenliebe, auch wenn der Andere anders ist als wir und eine andere Meinung hat.“ Hannah spricht die katholische Soziallehre an und nennt die Begriffe Menschenwürde, Gemeinwohl und Toleranz: „Wenn die Politiker sich beim Diskutieren darauf besinnen würden, würden manche Begriffe gar nicht mehr fallen.“

Sie finden, dass das Leben und die Forderungen Jesu radikal waren. Sein Leben sehen sie als Grundgerüst an, um auch ethische Fragen zu beantworten. Die Bibel ist für sie dabei nur begrenzt Leitlinie, räumen sie ein: „Viele Fragen der heutigen Zeit spielten damals noch keine Rolle“, sagen sie und denken dabei an Themen wie Gleichberechtigung, sexuelle Orientierung oder Kinderrechte. „Da sind wir gefordert, Bibeltexte auszulegen und neu zu übersetzen“, finden sie.

Bleibt die Frage nach der generellen Zuversicht oder Hoffnungslosigkeit. Auch da sind sie sich ziemlich einig: Demokratie lebt vom Miteinander, und wir können in Deutschland froh sein, dass wir uns engagieren und beteiligen können. Gesa tut das beispielsweise im Jugendrat und fühlt sich dort gehört. Andere ziehen Zuversicht aus den Demonstrationen gegen Rechts. Am Ende ist es Lehrerin Elke Strüwing, die meint: „Wir können froh sein um junge Menschen, die eine Meinung haben und dafür eintreten. Deshalb ist Bildung wichtig, denn sie hilft, diese Meinung zu bilden.“

Brigitte Deiters

SINUS-JUGENDSTUDIE 2024 –

„Wie ticken Jugendliche?“



Die Jugendstudie untersucht alle vier Jahre die Lebenswelten der 14- bis 17-Jährigen. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

Die 14- bis 17-Jährigen sind besorgter denn je

Die Vielzahl von Krisen und Problemen wie Kriege, Energieknappheit, Inflation oder Klimawandel stimmt die Jugendlichen besorgter denn je. Die Sorge um Umwelt und Klima wächst weiter an. Hinzu kommt das Thema Migration und die Zunahme von Rassismus und Diskriminierung. Sie sorgen sich vor dem Übergang ins Berufs- und Erwachsenenleben aufgrund der unkalkulierbaren gesellschaftlichen Entwicklungen.

Die „bürgerliche Normalbiografie“ ist immer noch Leitmotiv vieler Teenager

An der Sehnsucht nach Zugehörigkeit, Halt und Geborgenheit und der hohen Wertschätzung von Familie hat sich nichts geändert. Der Aspekt des Bewahrenden und Nachhaltigen ist für viele Jugendliche noch wichtiger geworden.

Die Akzeptanz von Diversität nimmt zu

Im Wertespektrum sind neben Sicherheit und Geborgenheit besonders soziale Werte wie Altruismus und Toleranz stark ausgeprägt – in Bezug auf unterschiedliche Kulturen sowie bezüglich pluralisierter Lebensformen und Rollenbilder (Diversität). Sie sind beson-



Oberstufenschüler diskutieren über Politik und Verantwortung

Die Zehntklässler verstehen sich: Sie treffen sich in der Pause und in der Freizeit

ders stark für die Gender-Gerechtigkeit sensibilisiert und zeigen sich demonstrativ offen dafür, wenn (vor allem junge) Menschen ihr Geschlecht non-binär definieren.

Die Sensibilität für Ungleichheiten ist groß

Jugendliche registrieren die aktuellen politischen Krisen, emotional stärker treiben sie allerdings Probleme wie Klimawandel und Diskriminierung um. Gerade Diskriminierung gehört für viele zum Alltag. Die Jugendlichen sind sehr sensibel für strukturelle Ungleichheiten.

Jugendliche wollen gehört und ernstgenommen werden, aber nicht alle wollen mitgestalten

Die Jugendlichen haben ein Bewusstsein für soziale Ungleichheit, zeigen aber kein gesteigertes Interesse an diesem Thema. Dasselbe trifft auf das Thema Politik generell zu. Hauptgründe sind die gefühlte Einflusslosigkeit und die als gering empfundene persönliche Kompetenz. Die Mehrheit befürwortet das Wahlrecht ab 16 Jahren.

Social Media bleibt wichtig

Ein Leben ohne soziale Medien (insbesondere TikTok, Instagram und YouTube) ist für die meisten Jugendlichen nur schwer vorstellbar. Sie nutzen sie zum Zeitvertreib, zur Inspiration für Lifestyle-Themen und zum Socializing. Soziale Medien sind für die meisten die bei weitem wichtigste Informationsquelle – auch für politische Nachrichten. Vorteile sind aus ihrer Sicht Aktualität, gute Verständlichkeit und Unterhaltungswert. Sie sind sich der Gefahr von Falschinformationen und manipuliertem Content oder dass sie sich in Filterblasen bewegen, bewusst.

Mehr über die Studie finden Sie unter www.sinus-institut.de



„Wenn die Politiker sich beim Diskutieren auf die katholische Soziallehre besinnen würden, würden manche Begriffe gar nicht fallen“

These der Schüler zu Christ-Sein als Maßstab für politisches Handeln